

Liebe Leserinnen und Leser!

„Nur wer für die Juden schreit, darf auch gregorianisch singen!“ An diesen denkwürdigen Satz Dietrich Bonhoeffers musste ich denken, als am 10. Januar deutschlandweit Nachrichten über ein Geheimgespräch von AfD, bekannten Neonazis und unterstützenden Unternehmern in einer Villa in Potsdam berichteten, das im November 2023 stattfand und Millionen Menschen zutiefst erschüttert und aufgerüttelt hat. Die Veranstaltungsteilnehmer sollen nach Darstellung des Recherchezentrums „*Correctiv*“ bei diesem Treffen über die Vertreibung von Millionen Menschen aus Deutschland beraten haben¹, mithin über das von den Veranstaltern gewünschte massenhafte, menschenverachtende und rassistische Vorgehen gegenüber Asylbewerbern, Deutschen mit Migrationshintergrund und Ausländern mit Bleiberecht.

„Nur wer für die Juden
schreit, darf auch
gregorianisch singen!“

Der eingangs zitierte Satz Dietrich Bonhoeffers muss in jener Zeit gefallen sein, als während der Pogromnacht im gesamten Deutschen Reich die Synagogen brannten und Bonhoeffer in seiner Bibel den 74. Psalm liest: „*Sie verbrennen alle Häuser Gottes im Lande.*“ Daneben der handschriftliche Vermerk Bonhoeffers: „9. November 1938.“ Weiter dann in Anführungszeichen gesetzt: „*Unsere Zeichen sehen wir nicht, und kein Prophet predigt mehr, und keiner ist bei uns, der weiß wie lange.*“²

Als Dietrich Bonhoeffer diese Worte als Randkommentar zum 74. Psalm in seiner Bibel vermerkte, waren die Nazis bereits fünf Jahre an der Macht, die Gewaltenteilung aufgehoben und der innenpolitische Terror trat ein Jahr vor dem II. Weltkrieg in die nächste Phase ein. Und der überwiegende Teil der Deutschen sah zu, wie ein Land sich unaufhaltsam auf eine Katastrophe zubewegte. Die Worte Bonhoeffers richteten sich in erster Linie an die Kirchen und können als verzweifelter Aufruf an die Christenheit verstanden werden, die Botschaft Jesu Christi nicht zu verraten.

¹ Siehe: [Geheimplan gegen Deutschland \(correctiv.org\)](https://www.correctiv.org)

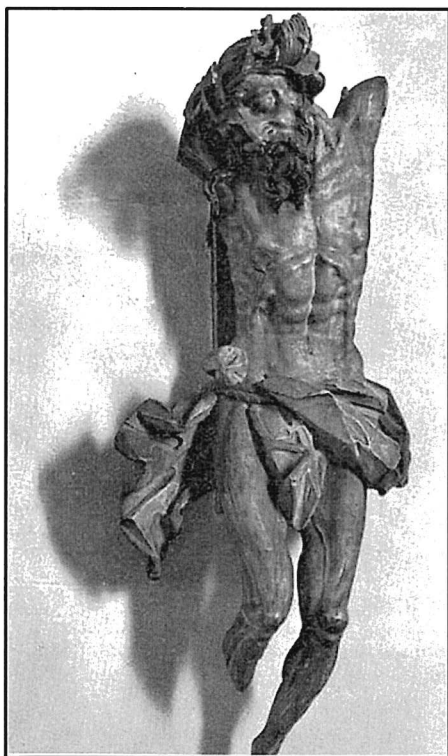
² Zitiert nach Eberhard Bethge, Dietrich Bonhoeffer. München 1989, S. 684 f.

In der katholischen Kirche gab es während des Zweiten Weltkrieges leider nur verhaltene Reaktionen gegen das verbrecherische Regime der Nationalsozialisten. Erst am 29. April 2020, 75 Jahre nach Kriegsende, hat sich die Deutsche Bischofskonferenz erstmals mit einer Erklärung selbstkritisch mit dem Verhalten der Deutschen Bischöfe während des II. Weltkrieges befasst: *"Sowohl im September 1939 als auch danach blieb der offene Protest der deutschen Bischöfe gegen den nationalsozialistischen Vernichtungskrieg aus.(...) Auch gegen die ungeheuerlichen Verbrechen an den als 'rassenfremd' diskriminierten und verfolgten Anderen, insbesondere den Juden, erhob sich in der Kirche in Deutschland kaum eine Stimme.(...) Jene Soldaten, für die sich die Kriegserfahrungen von hemmungsloser Gewalt zu existentiellen Fragen nach dem Sinn und Gott verdichteten, standen weitestgehend allein."*³

Um so dankbarer bin ich, dass es jetzt ein aktuelles Bischofswort zur bedrohlichen politischen Lage in Deutschland gibt:

Eintreten für Demokratie

Gemeinsames Wort der katholischen nord-
ostdeutschen Bischöfe



Der Wortlaut des Textes findet sich im Anschluss vollständig abgedruckt. Er ist ein gutes Wort, das zu meditieren in der kommenden Fastenzeit helfen kann, sich der eigenen Haltung gegenüber bedrohten und benachteiligten Menschen in unserer Gesellschaft im Lichte des Evangeliums zu vergewissern.

Als ich noch Jugendlicher war, fragte ich mich, warum der Torso einer Christusdarstellung⁴ in einer Seitenkapelle meiner Heimatkirche von St. Theresien in Hamburg Altona weder Arme noch vollständige Beine hatte. Die von einem Bildhauer der sogenannten Wiener Schule in der Barockzeit um 1780 fertiggestellte fesselnde Skulptur soll

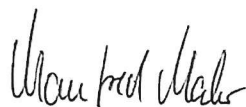
³ **Die Deutschen Bischöfe Nr. 107:** Deutsche Bischöfe im Weltkrieg. Wort zum Ende des Zweiten Weltkrieges vor 75 Jahren. Bonn 2020.

⁴ Fotografische Aufnahme aus: 50 Jahre Kath. Kirchengemeinde St. Theresien, Hamburg Altona, 1929 - 1979. Hamburg 1979. Privatdruck

angeblich, so seinerzeit der Hinweis von unserem Pfarrer Alfred Blaik, während des Krieges von einem fanatisierten Mob so zugerichtet worden sein, bevor sie ihren Weg nach St. Theresien fand. Nähere Informationen hatte er nicht. Eine weitere geschändete Christusfigur mit abgeschlagenen Armen und Beinen habe ich Jahre später mit ähnlichen Hinweisen in der Stiftsbasilika von Waldsassen entdeckt.

Wann, wenn nicht jetzt unter den Bedingungen der Freiheit, sind wir aufgefordert, uns gegen jede Form von Rechtsextremismus und Antisemitismus zu wehren und zu verwahren. Umso mehr freue ich mich, dass in diesen Tagen die sogenannte schweigende Mehrheit endlich zu Hunderttausenden auf die Straßen gegangen ist, um deutliche Zeichen zu setzen: für unsere Demokratie und ihre verfassungsrechtlichen Grundlagen! Gegen Intoleranz und Gleichgültigkeit! Für ein Land, das sich der Menschenwürde jedes Menschen verpflichtet weiß.

Eine gute Zeit wünscht Ihnen Ihr / Euer Diakon



~~~~~

## **Eintreten für die Demokratie**

### **Gemeinsames Wort der katholischen nord-ostdeutschen Bischöfe**

2024 ist ein Jahr der Wahlen. Die Wahlen zum Europäischen Parlament, zu den Landtagen von Brandenburg, Sachsen und Thüringen sowie auf kommunaler Ebene fordern unsere Verantwortung. Wir stehen als Gesellschaft national wie auch auf europäischer Ebene vor großen und komplexen Herausforderungen. Deren Folgen spüren wir schon jetzt. Ihre Bewältigung verlangt uns viel ab.

Viele Menschen verstehen politische Entscheidungen nicht mehr. Sie sind verunsichert, wütend und haben Angst vor dem sozialen Abstieg. Das darf uns nicht dazu bringen, uns von populistischen Aussagen und scheinbar einfachen Lösungen vereinnahmen zu lassen.

Wir Bischöfe beobachten diese Entwicklungen in unserem Land mit Sorge. Demokratische Prozesse und Institutionen werden angezweifelt und verächtlich gemacht. Populistische, rechtsextremistische und antisemitische

Positionen werden zunehmend salonfähig. Misstrauen, Hass und Hetze treiben die Gesellschaft auseinander.

Spätestens die Schrecken der Weltkriege und die Gräueltaten des NS-Regimes haben uns gelehrt: Die unantastbare Würde des Menschen zu achten und zu schützen muss die oberste Richtschnur jedes staatlichen Handelns sein. Politische Parteien, die diesen Grundsatz in Frage stellen, können nach unserem Verständnis keine Alternative sein.

Deshalb verknüpfen wir dieses Wort nicht nur mit dem Aufruf zur aktiven Teilnahme an den Wahlen in diesem Jahr, sondern auch mit einer eindringlichen persönlichen Bitte: Treten Sie ein für unsere freie und vielfältige Gesellschaftsordnung auf der Grundlage unserer Verfassung!

Bedenken Sie bei Ihrer Wahlentscheidung: Die Orientierung an den christlichen Wurzeln unserer Gesellschaft, an den Menschenrechten, an der Gleichheit der Menschen in allen Lebensphasen, an den Werten der Demokratie, eines sozialen Rechtsstaats und einer sozialen Marktwirtschaft hat unserem Land Frieden und Wohlstand gebracht. Auf dieser Grundlage werden wir auch die Herausforderungen unserer Zeit bewältigen.

Krude Ausweisungsphantasien für Migranten und ihre Unterstützer, die Ablehnung von Schutzangeboten für Geflüchtete, die Ausgrenzung von Menschen mit Behinderung, der alleinige Fokus auf Leistungsfähigkeit, die Leugnung des menschengemachten Klimawandels und die pauschale Verächtlichmachung von politischen Akteuren und Institutionen sind mit diesen Grundwerten unserer Gesellschaft unvereinbar.

Wir Bischöfe bringen daher ganz klar zum Ausdruck, dass wir vor dem Hintergrund unseres eigenen Gewissens die Positionen extremer Parteien wie dem III. Weg, der Partei Heimat oder auch der AfD nicht akzeptieren können.

Wir bitten Sie nachdrücklich: Informieren Sie sich vor Ihrer Wahlentscheidung aktiv und aus unterschiedlichen Quellen. Fragen Sie nach Begründungen für politische Positionen. Suchen Sie den kritischen Austausch. Bleiben Sie respektvoll im Umgang. Prüfen Sie bei Ihren Überlegungen die langfristigen Folgen für unser Zusammenleben, für Ihre Familien und auch für Sie ganz persönlich. Wählen Sie verantwortungsvoll.

Wir als Bischöfe sind überzeugt: Es gibt keine bessere Staatsform als die Demokratie, denn sie ermöglicht uns, in Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit zu leben. Lassen Sie uns entschlossen und tatkräftig dafür eintreten und gemeinsam eine gute Zukunft gestalten.

Dr. Heiner Koch, Erzbischof von Berlin

Dr. Stefan Heße, Erzbischof von Hamburg

Dr. Gerhard Feige, Bischof von Magdeburg,

Dr. Ulrich Neymeyr, Bischof von Erfurt

Wolfgang Ipolt, Bischof von Görlitz

Heinrich Timmerevers, Bischof von Dresden-Meißen

19. Januar 2024

*Die „Ost-Bistümer“ Berlin, Dresden-Meißen, Erfurt, Görlitz, Hamburg und Magdeburg sind die (Erz-)Bistümer, deren Gebiet zum Teil oder vollständig die Bundesländer Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen umfasst.*